

Voigtländische Blätter.

Unter redaktioneller Verantwortlichkeit von Aug. Wieprecht in Plauen
herausgegeben von mehreren Voigtländern.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich vorläufig einmal und zwar Sonnabends für den vierteljährlichen Preis von 7 $\frac{1}{2}$ ngr. Aufsätze und Mittheilungen für dieselbe wolle man an Aug. Wieprecht in Plauen adressiren. — Anzeigen aller Art werden aufgenommen und wird der Raum einer gespalteten Seite mit 8 A berechnet.

N^o 29.

Plauen, den 14. Oktbr.

1848.

Inhalt: Der Feldzugsplan der Reaktion. — Voigtländisches: — Aus Plauen. Aus Adorf. Aus Voigtsberg den 7. Oktober. Voigtsberg den 11. Oktober. Delsnig den 11. Oktober. Zaulsdorf den 8. Oktober.

Der Feldzugsplan der Reaktion*).

Daß es jetzt eine wohlgerüstete Reaktionspartei giebt, wird gar Manchen klar, der bislang daran in gutmüthiger deutscher Träumerei zweifelte. „Wie kann man es heutzutage, wo die öffentliche Meinung eine so bedeutende Gewalt erlangt hat, wo tausend Stimmen einmüthig nach kräftigem, folgerechten Fortschritte rufen und wo eine von Tag zu Tage zunehmende Volksbewaffnung den Freiheitsfeinden Troß bietet, — wie kann man es heutzutage wagen wollen, Rückschritte zu machen und dem übermächtigen Volkswillen Hohn zu sprechen?“ So redeten bis vor Kurzem alle die Halben und Zahmen, um die Theilnahme an einer kräftigen Volksbewegung von sich abzulehnen. Jetzt gehen ihnen vor Bestürzung die Augen über: sie sehen den schmachlichen Waffenstillstand mit Dänemark, die Charlottenburger, die Berliner, die Schweidnitzer Vorfälle, die Mainzer, Mannheimer, Köllner und Frankfurter Ausnahmemaßregeln, sie sehen eine Soldatentyrannie, einen Junkerübermuth, ein Einschüchterungsverfahren über unser Bürgerthum herfallen, welche uns an den Rand einer zweiten und furchtbaren Revolution drängen, und beklagen ihre frühere Kurzsichtigkeit.

Es ist aber nicht genug, daß wir Alle nunmehr einsehen, daß eine Reaktion im Großen sich aufthut; wenn wir siegreich sein wollen, müssen wir den Feldzugsplan der Reaktion kennen, um ihm entgegenwirken zu können. Was hat der Volksfeind im Sinne?

*) Reaktion, darunter ist im vorliegenden Falle die Rückbewegung zu verstehen, welche die monarchisch gesinnte Fürstenpartei dem vorwärts gedrungenen Volksthum, der Demokratie, aufzudrängen sucht. Anm. d. Red.

Er hat im Sinne, die kleineren deutschen Staaten, in welchen die Demokratie am mächtigsten ist, an Preußen zu verrathen und durch Preußen an Rußland und England. Er hat im Sinne, die Ungeduld der Demokraten zu vereinzeln, planlosen und folglich unglücklichen Umständen zu reizen, die Entwicklung der Volksfreiheit zu verzögern und die neue politische Bewegung durch diese Langsamkeit und das Mißlingen jener Ausstandsversuche einzuschläfern und das Volk zu entmüthigen, bis daß die preussischen Heere im Bunde mit der bestochenen Reichsversammlung in Frankfurt die kleineren deutschen Staaten verschlucken können. Er hat im Sinne, die kleineren deutschen Fürsten zu demüthigen, zu langweilen und verdrüsslich zu machen, damit sie bereitwillig die Hand bieten, gegen eine Geldabfindung ihre Länder und Völker an Preußen zu verkaufen. Er hat im Sinne, uns mit einigen unserer Nachbarn, welche unsere Freunde sein möchten, zu verfeinden (so mit Frankreich, Italien, Polen, Ungarn, Schweiz) und mit andern, welche unsere, aber nicht unserer Herrscher Feinde sind (wie Rußland, Dänemark, England) uns in scheinbare Feindseligkeiten zu verwickeln und mit keinem ein aufrichtiges Freundschaftsbündniß zu schließen, damit er unter dem Vorwande drohender Kriege ein zahlreiches Heer auf den Beinen erhalten, dadurch das Volk einschüchtern und den Handels- und Geldstand ängstigen könne, und damit dieser seinerseits alle Mittel in Bewegung setze, um das Volk ruhig und träge zu erhalten.

Deßhalb jene Nachgiebigkeit der Nationalversammlung in Frankfurt gegen Preußen, ja auch gegen Oesterreich, welches zu den preussischen Plänen die

Augen zudrücken soll, wenn es als abgesonderter Staat fortbestehen will; deshalb jene Versuche der preussischen Offiziere, ihre Soldaten gegen die Bürger und gegen Deutschlands Einheit aufzureizen, sie für den frühern Kriegsrühm der preussischen Heere zu begeistern; deshalb die laute Forderung, Deutschland müsse in Preußen aufgehen und der Prinz von Preußen müsse König und Diktator (unumschränkter Gebieter) werden; deshalb die Langsamkeit, wenn es gilt, einen beginnenden Aufstand im Keime zu ersticken und die Grausamkeit, mit welcher man ihn niederkämpft, wenn er ausgebrochen ist (in Frankfurt sah das Militär ruhig zu, so lange die Barrikaden gebaut wurden; wie sie fertig waren, ging der Kanonendonner los): deshalb gehen die Beratungen in der Paulskirche so entsetzlich träge; deshalb werden die Menschenrechte zweimal berathen — während sie in drei Stunden festgestellt werden könnten; deshalb hat die Reichsversammlung kein Ohr, wenn in Mainz, in Mannheim, in Köln u. die Bürger wehrlos niedergeschossen und von den Soldaten entwaffnet und gräulich mißhandelt werden; deshalb der Muth der Nationalversammlung, als es galt, den widerspenstigen König von Hannover zu demüthigen; deshalb die Unterhandlungen der Fürstenthümer, um die kleinen thüringischen und anhaltischen Länder größeren einzuverleiben; deshalb die jetzt angeordnete militärische Besetzung Thüringens durch ein Heer von 40,000 Mann; deshalb jetzt auf einmal in Baiern die Bereitwilligkeit des Ministeriums, sich dem Reichsverweser unterzuordnen, während man dort bisher Miene machte, ihm zu trotzen; deshalb die Gerüchte, der König von Württemberg, der Herzog von Nassau, der von Altenburg und der von Anhalt-Deßau u. a. wollten abdanken; deshalb die Heere an der französischen Grenze, während die russische von Truppenschuß entblößt ist; deshalb die erdrückende Grausamkeit in Polen und Italien und die neuen Handel Kadetky's mit dem Kanton Tessin; deshalb der befohlene Aufstand der Kroaten gegen die Ungarn und das Bombardement von Prag; deshalb der Oberbefehl Wrangels in der Mark und das neue heuchlerisch-reaktionäre Ministerium in Berlin; deshalb endlich der eintönige Unkenruf aller Geldkönige nach Ruhe, um Himmelswillen nur nach Ruhe — obwohl sie einsehen, daß die gewöhnliche Ruhe nicht eher wiederkehren kann, bis das Volk seine Errungenschaften sicher hat. Solcher Merkmale, daß dies der Feldzugsplan der Rückschrittmänner sei, giebt es noch viele; aber schon die angegebenen genügen zum Beweis. Für denjenigen, der noch zweifeln wollte, muß der bekannte Anschlag an den Straßenecken von Berlin von dem früheren Republikaner Held, der jetzt mit der Reaktion wegen seines Uebertritts zu ihr unterhandelt hat, offenbar unsre Behauptung bekräftigen. In diesem geistreichen Aufsatz: „Meine Idee über die zukünftige Gestaltung Deutschlands und Preußens,“ betitelt, tritt sein, leider zu früh verrathener Plan klar hervor, den Prinzen von Preußen auf den Thron zu heben, die Diktatur einzuführen, Deutschland zu verschlingen u. Was daran noch fehlt, weil es nicht offenkundig gemacht werden konnte, — daß nämlich Deutschland an

Rußland und England verrathen werden soll, um die Demokratie zu unterdrücken — darein scheint Held selber noch nicht eingeweiht zu sein — er ist ein gutmüthiges Werkzeug von Verräthern und soll ihnen den Dienst des Affen leisten, der der Katze die heißen Kastanien aus dem Feuer holt — d. h., der den vierten Stand für die Reaktion gewinnen soll.

Was die Reaktion durch ihren schmähhlichen Plan ausrichten wird, das ist leicht vorauszu sehen. Das Volk der kleinen deutschen Länder läßt sich nicht verkaufen, wie vielleicht seine Regierungen. Es läßt sich nicht langweilen, verdrüsslich und muthlos machen, wie vielleicht seine Fürsten. Verkaufen sich seine Regierungen, nun so wird es froh sein, sie loszuwerden. Das Volk bleibt allemal übrig.

D. —

Aus der seit dem 1. Oktober zu Altenburg erscheinenden Allgemeinen Volkszeitung, von Ed. Pelz, die wir unsern Lesern hiermit bestens empfohlen haben wollen.

Voigtländisches.

Aus Plauen. Der hiesige Volksverein hat beschlossen, nachstehende Petition an die deutsche konstituierende Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. abgehen zu lassen.

Petition über die Nothwendigkeit einer wohlfeilen Staatswirthschaft sowohl, als einer gerechten Vertheilung der Staatsabgaben in Deutschland.

Als oberster Zweck eines Staates erscheint nach Innen die Erreichung der höchstmöglichen Bildung, sowie eines fortgesetzten Wohlstandes und Genusses der Lebensgüter; nach Außen aber Erhaltung der Ehre und Erlangung imponirender Kraft und Macht.

Zu einer Zeit, wo nun sich ganz Deutschland erhoben hat, um den Bau seiner Einheit, Freiheit und Macht zu gründen, das Gebäude selbst aufzuführen, und durch zweckmäßige Institutionen und Gesetze fest zu verbinden, muß es jedem Deutschen schon, als Individuum, noch mehr aber ganzen Vereinen, als heiligste Pflicht erscheinen, die Mittel und Wege zu erforschen und anzubahnen, um mit wünschenswerther Eile jene Erfordernisse der Staatswohlfahrt zu erreichen und zu fixiren. Deshalb erlaubt sich der hiesige Volksverein, abgesehen von allen übrigen Rücksichten, nur vom gewerblichen Standpunkte aus, seine Ansichten und Erfahrungen hierüber der Hohen Nationalversammlung zu geneigter Berücksichtigung darzulegen. Freilich sehen wir uns bei dieser Untersuchung den jetzigen geistigen Errungenschaften gegenüber auf die Erde versezt und gezwungen, uns mit den kalten materiellen Interessen und Fragen zu beschäftigen, welche aber unsere Aufmerksamkeit im Staatsleben ebenso gebieterisch fesseln, als im Menschenleben der Körper sein Recht verlangt auch vom begeistertsten Dichter.

Die Zeiten der Noth, welche über unser Vaterland hereingebrochen sind, veranlassen uns, die Ursachen dazu aufzusuchen, da nur die richtige Erkenntniß derselben allein den rechten Weg zur Abhilfe bahnen kann.

Als die Hauptursachen haben wir nun

I.

die allzuthere Wirthschaft der einzelnen Staaten erkannt, welche in ihrem Unglücksfolge

- 1) Mangel an Arbeit,
- 2) Mangel an Ausfuhr,
- 3) Nichtbestehen der Konkurrenz mit dem Auslande, nach sich ziehen und

II.

die Vernachlässigung einer richtigen, wohlgeordneten, gleichen Besteuerung gefunden,

welche zugleich mit dem unter I bemerkten Grunde die vorbezeichneten 3 Uebel und endlich die völlige Verarmung des Mittel- und Gewerbestandes, herbeiführen müssen.

Wir erlauben uns unter Bezugnahme auf diese beiden Gründe zu folgender Auseinandersetzung überzugehen.

Zu I.

Die Ordnung, Gediegenheit und das segensreiche Wirken der Wirthschaft eines Staates vermag nur in der höchstmöglichen Beschränkung des erforderlichen Aufwandes zur Erhaltung der Staatsmaschine ihre Anerkennung zu finden. Das Gegentheil davon benimmt im Staate

zu 1. 2. 3.

die Arbeit, die Ausfuhr und die Möglichkeit der Konkurrenz auf dem Land- und Weltmarkte.

Die Produktionskraft Sachsens sowohl, als der übrigen deutschen Länder ist durch die Bevölkerung zu einer solchen Höhe emporgestiegen, daß dieselbe bei weitem die eigene Befriedigung der Vaterlandsbedürfnisse überragt, dadurch sich gezwungen sieht, seine Erzeugnisse ins Ausland und auf den Weltmarkt zu führen, und die Verwirklichung dieser Ausfuhr auf jede mögliche Weise zu erreichen suchen muß. Das Vaterland erfüllt sodann erst die zur Nothwendigkeit gewordene Wahrheit, daß jeder Staat, eben so wie der Einzelne darnach streben muß, einen Ueberschuß über den eigenen Bedarf an Produkten zu erzielen, theils zur vortheilhaften Verwerthung im Auslande, theils zur Bestreitung jeglicher Kosten der Einfuhre, theils zur Theilnahme an den in der Natur der Produktion und des Handels gegründeten Wechselverkehr unter den Völker- und Welttheilen.

Unsere Staaten müssen sich aber um so dringender zur Erfüllung der Pflicht, eine weniger kostspielige Staatsverwaltung einzuführen, veranlaßt fühlen, als unsere Gewerbe noch mit anderen Nebenhindernissen zu kämpfen und solche zu überwinden haben. Unter diesen stellen sich dar, theils die hohen Einfuhrzölle auf die uns nicht eigenthümlichen Produkte des Auslandes, welche unsere Ausfuhr indirekt entwerthen, beschränken, oder gar unmöglich machen; theils die durch hohe Abgaben und hohe Frachten und sonst verursachte Vertheuerung unserer Transportmittel vom und zum Meere; theils die bahn- und planlosen Zustände unseres Handels mit dem Auslande und endlich die feindselige Handelspolitik des letztern, welches unsere direkte Schifffahrt nicht aufkommen läßt, um den Zwischenhandel für uns selbst besorgen zu können.

Nichtsdestoweniger wird im Vaterlande der Mangel an Arbeit für jene Kräfte von Tage zu Tage fühlbarer und die Noth bricht herein mit ihren Folgen über den Gewerbestand. Eine Erscheinung, die uns zu der Gewißheit leitet, daß zwischen Arbeitskraft und eigener Konsumtion ein Mißverhältniß statt findet und das Ausgleichungsmittel der Ausfuhr unserer Produkte gehemmt oder gar nicht vorhanden ist.

Wir zweifeln zwar, und gewiß mit allem Grunde, an dem Mangel eines Begehrs unserer Produkte im Auslande; allein wir verkennen auch nicht, daß das Hinderniß der Ausfuhr in der zu theueren Staatswirthschaft liegt, die, wenn sie das Wohl aller Staatsbürger ernstlich zu fördern strebt, das Prinzip anerkennen mußte, daß durch unkluge und unnöthige Vermehrung des Aufwandes zu der Führung der Wirthschaft selbst die Produktion kostspieliger gemacht und die Möglichkeit der Konkurrenz vermindert wird.

Der Staat gleicht hierin völlig der Wirthschaft des einzelnen Gewerbetreibenden und zwar ersterer im Welthandel anderen Staaten, dieser den einzelnen Staatsbürger im innern Verkehre gegenüber.

Denken wir uns zwei Gewerbetreibende, wovon der Eine jährlich 100 fl zu Bestreitung seiner Wirthschaft bedarf, der Andere aber nur mit 700 fl jährlichen Aufwand auskommen kann; so wird bei gleicher Produktionsmenge von 100 Stück Waare z. B. Tuch, der Erstere 1 fl , der Letztere 7 fl pro Stück zu Deckung dieses Aufwandes verdienen müssen. Es liegt aber auf der Hand, wer von Beiden unter diesen Umständen am besten konkurriren kann.

Durch eine vertheuerte Staatswirthschaft müssen die Finanzkräfte der einzelnen Bürger zu sehr angestrengt werden, welches wiederum die natürliche Folge hervorruft, daß sie die, durch Fleiß und Anstrengung ihren Händen entsprossenen, Produkte zur Erlangung des nöthigen Lebensunterhaltes im Verhältnisse des Steigens und Fallens der Beitragssummen zur Staatskasse gleichfalls am höchsten oder höher sich verwerthen lassen müssen. Allein, wenn mit denselben, oder gleichen gewerblichen Produkten Länder auf dem Weltmarkte erscheinen, welche durch eine mindere Belastung durch den Staat ihre Waaren um so viel wohlfeiler darzubieten vermögen: so werden jene im Mangel einer Konkurrenzfähigkeit ihre ausgebotenen Kunst- und Gewerbegegenstände unbeachtet liegen sehen und auf dem Lager behalten müssen. Die weitere unausbleibliche Folge ist die Rückwirkung auf die Arbeit. Die Kräfte zu selbiger werden zwar vorhanden sein; allein die Absatzunmöglichkeit der Waaren selbst schließt deren Gebrauch gänzlich aus.

Ein auffallendes Beispiel der Konkurrenzmöglichkeit giebt uns zunächst die Schweiz. Dieselbe hat eine umfangreiche Industrie und, obgleich belastet mit den Transportspesen auf das Rohprodukt bei den betreffenden Artikeln vom Meere bis zum Meere; so hat sie doch bis jetzt auf dem Weltmarkte die Konkurrenz mit allen Nationen bestanden, welche daran Theil nehmen, zu welchen aber leider die gesammte deutsche Nation so gut wie nicht gehört. In Bezug z. B. auf die Baumwollenspinnerei hat die Schweiz sich zu der Höhe

emporgeschwungen, daß sie sehr hohe, beinahe die höchsten Nummern fabrizirt und mit seinen Garnen auf deutschen Märkte mit den Engländern siegreich in die Schranken tritt. Wie gesund diese Konkurrenz aber ist, geht aus dem Umstande hervor, daß zu einer Zeit, wo das Kreditgeben zur Ermöglichung des Absatzes den Kulminationspunkt erreicht hatte, doch die Schweiz darauf bestand, nur gegen vorher eingesandte Rimessen die Aufträge aus Deutschland auszuführen, und daß ihr von Deutschland diese Forderung gewährt werden mußte. Als nächste Ursachen dieser Erscheinungen hat man bis jetzt das Freihandelsystem dieses Landes angegeben; allein wir glauben, daß wir uns nicht täuschen, wenn wir in der wohlfeilen Staatswirthschaft der Schweiz hauptsächlich die Grundlage erblicken, welche die Produktion, theils durch direkte Besteuerung, theils durch hohe Abgaben auf die Wirthschaft des Arbeiters indirekt keineswegs vertheuert.

Die Schweiz entbehrt aller hohen Einfuhrzölle auf Rohprodukte und Konsumtionsartikel der Arbeiter; die Schweiz wird mit keinen hohen Ausgaben für Zivilliste, Militär, Beamte, Pensionen, Staatsschulden u. beschwert. Es braucht folglich weder das große Etablissement noch der Arbeiter durch hohe Staatsabgaben und mit deren Erhebung verknüpften Kosten u. Beschränkungen belastet zu werden; dadurch aber wird das Kapital nicht unwiederbringlich für den Staatsangehörigen konsumirt; sondern es bleibt werbend unter dem Volke, die Produktion wird ferner nicht unnöthig durch hohe Abgaben vertheuert, die Produktionskraft selbst aber auch nicht durch unnöthige Dienste an Militär oder Beamtenthum geschwächt. In gleichem Verhältnisse steigt nun die Produktion und die Konkurrenz an und reicht ihrem Lande Erwerb und Brod.

Im hauptsächlichsten Fabrikanton, Zürich, hat, nach der Angabe von Herold, Meyer von Kronau jeder Kopf 1 Frank 69 Rappen direkte und 66 Rappen indirekte Abgaben jährlich zu zahlen, zusammen nach unserm Gelde ca. 28 *ngl.* Nach der Regierungsform und der Regierungsmaxime der vereinigten Staaten von Nordamerika zu urtheilen, welche sich ebenfalls der wohlfeilen Staatswirthschaft befleißigen, wird dort wohl ein gleiches Verhältniß hinsichtlich der Abgaben herrschen.

Vergleichen wir damit die Staatswirthschaft Deutschlands, so stellt sich ungefähr das Resultat heraus, daß wir in unserem jährlichen Budget mit ca. 300 Millionen Thalern für Zivillisten, Militär, Beamten, Pensionen, Staatsschulden u. bei ca. 40 Millionen Einwohnern pro Kopf 7 *fl.* jährliche Staatsabgaben, wovon ungefähr 4 *fl.* auf direkte kommen, ausbringen müssen. Dadurch wird eine der großen Ursachen klar, weshalb die Schweiz und der vereinigte Staat in Nordamerika die Konkurrenz auf dem Weltmarkte mit allen andern Nationen besteht, und weshalb sich Deutschland davon so gut, wie ausgeschlossen sieht; es wird hierin uns eine der großen Ursachen klar, welche bis jetzt direkt und indirekt das Gedeihen des Wohlstandes des deutschen Gewerbestandes, sowie das Entstehen einer industriellen Kapitalkraft gehindert hat.

Nicht läßt sich die staatswirthschaftliche Frage über

die richtigste Art der Besteuerung des Gewerbe- und Arbeiterstandes (um neben dem Fortbestehen der jetzigen Staaten ihm ein gewisses Wohlbefinden zu sichern,) in den ausgetauchten Theorien und Systemen der Neuzeit erkennen; nein! das ganze weltbewegende Problem der Erschaffung besseren Erwerbes und der Begründung eines Wohlstandes der Arbeitsklassen, findet seine Ent-räthselung einzig und allein in der verwirklichten Nothwendigkeit einer wohlfeilen Staatswirthschaft, um die Konkurrenz auf dem Weltmarkte bestehen und den unserer Produktionskraft unentbehrlichen Theil am Welthandel ermöglichen zu können.

Denn wie im gefährlichen Gewerbsleben der Inländer, der Christ mit den Juden nicht konkurriren kann, und unterliegen muß, weil letzterer vermöge seiner Gewohnheit, Sitten, Gebräuche und seiner ganzen Lebensrichtung einen wohlfeilern Haushalt führt, so kann auch im großen Verkehr, im Welthandel ein Staat mit theuern Haushalt nicht konkurriren mit denjenigen Staaten, welche weniger Aufwandes im Haushalte und freien Verkehr sich erfreuen.

Die Macht der Konkurrenz, welche gleich wohlfeile Produktion fordert, wird sich noch bei allen Staaten als ein drückender Alp geltend machen, die den Grundsatz weiser Sparsamkeit im Staatshaushalte entbehren, und bis jetzt entbehren zu können glaubten.

Die Schweiz würde nach unserer Staatswirthschaft jährlich 14 Millionen brauchen, während sie nur 2 Millionen von ihren Bürgern in Anspruch nimmt, und Deutschland würde nach Schweizer Staatswirthschaft nur 40 Millionen beanspruchen, während es jetzt ca. 300 Millionen ausbringen muß. Vertheilt man nun, abgesehen von den mit den Staatslasten immer gleichen Schritt haltenden Kommunabgaben, die direkten und indirekten Steuern auf Familien, die Familie zu 6 Köpfen gerechnet, so steigen beim gewerbtreibenden Mittelstande die jährlichen Staatsabgaben für jede Familie in Deutschland auf die enorme Summe von ungefähr 100 *fl.*, in der Schweiz hingegen stellen sich diese Abgaben jährlich für jede Familie nur auf die Summe von 6 *fl.*; welche enorme Differenz! Deutschlands Rettung und Wohl wird daher allein durch Nachahmung und Befolgung der Staatsmaximen der Schweiz bezüglich seiner Besteuerung begründet und dessen Völker vom Untergange gerettet werden können.

Bei Staaten mit wohlfeiler Staatswirthschaft bleiben übrigens die Kapitale werbend im Volke und erhöhen die Produktionskraft; allein umgekehrt werden bei Staaten mit theurer und sehr theurer Wirthschaft die Kapitale beinahe unwiederbringlich konsumirt und der Produktion entgegen, woraus die nothwendige Folge hervorgeht, daß die Ersteren sich ernähren, die Letzteren sich verzehren müssen.

Die Zeit dürfte nicht mehr ferne sein, wo alle Staaten mit übermäßigem Staatsaufwande, den Staaten mit wohlfeilen Staatshaushalt gegenüber, großen Handlungshäusern mit übergroßen Aufwand gleichend, vermöge ihrer vertheuerten Produktion mehr und mehr vom Markte verdrängt werden, die Kundschaft und der Absatz verlieren und so nach und nach zu Grunde gehen.

Die Macht der Konkurrenz ermahnt daher auch Deutschland dringend zur wohlfeilen Staatswirthschaft, weil diese der Natur des Welthandels nach unter den jetzigen Verhältnissen als die Kardinalbedingung zur Erlangung von Ehre, Kraft und Macht nach Außen erscheint.

Zu II.

Betrachten wir ferner die Staatswirthschaft in Bezug auf die Vertheilung der Staatsabgaben vom gewerblichen Standpunkte aus, so fordert die Konkurrenz mit anderen Staaten auf dem Weltmarkte sowohl, als auf den Märkten des Inlandes, ebenso gebieterisch eine gerechte Vertheilung derselben.

Theorie und Praxis sind schon lange über den obersten Grundsatz zur Erhebung der Staatsabgaben einig; sie sind schon lange darüber einig, daß diese Abgaben vernünftiger Weise nur vom reinen Ertrage erhoben werden dürfen; das ist von dem, was Jedem nach Abzug des Aufwandes zur Erlangung und Erzeugung der Produkte und seiner Familien-Erhaltung vom Einkommen übrig bleibt. Es ist wohl vernünftig, daß jeder nach dem Maaße seiner Kräfte zum Bestehen des Ganzen beiträgt und daß derjenige, welcher nichts einnimmt, wohl auch nichts ausgeben kann; und daher der Mann, welcher Einnahme genießt, im Verhältnisse derselben Abgaben bezahlen muß. Hierbei kommen im Staatsleben 5 Hauptklassen von Staatangehörigen vor.

1. Almosenpercipienten, als Alte, Kranke und Gebrechliche, welche ihren Unterhalt von der öffentlichen und Privatwohlthätigkeit empfangen,

2. Arme, welche durch ihre Arbeit wegen Mangel an Geist oder Körperkraft und aus sonstigen Ursachen nicht einmal die dringenden Bedürfnisse nothdürftig zu decken vermögen,

3. die eigentlichen Proletarier, bei welchen der Ertrag der Arbeit nur für die dringendsten Bedürfnisse ausreichen, so daß er auf jeden eigentlichen Lebensgenuß verzichten muß.

4. Wohlhabende, welchen hinreichender Ertrag ihrer Arbeit und ihres Vermögens wird, um ein sorgenfreies, bequemes Leben führen und von ihrem reinen Erwerbe noch etwas zu sparen vermögen, endlich

5. Reiche, welche im Ueberflusse leben können und denen mehr und weit mehr reines Vermögen zu ihrer Verfügung steht, als im gewöhnlichen Leben die Bedürfnisse erheischen.

Betrachten wir nun diese verschiedenen Klassen von Staatsbürgern, in Bezug auf die Staatsabgaben, so werden wir nicht in Verlegenheit kommen, diejenigen davon zu bezeichnen, von welchen man Abgaben fordern kann.

Der Almosenempfänger vermag gar nichts, der Arme gleichfalls nichts, und der eigentliche Proletarier nicht viel, zu den Staatsabgaben beizutragen; so daß die ganze Staatserhaltungslast auf die Wohlhabenden und Reichen zurückfällt.

Ein wohlgeordnetes Abgabensystem kann nur nach diesem Prinzipie geregelt werden.

Allein die Befolgung ganz anderer Maximen stellt sich bei dem bisher in Deutschland befolgten Abgabensysteme heraus.

Die von der Theorie ganz verworfenen, indirekten

Abgaben spielen allda die Hauptrolle und treffen zwar alle Klassen, die Reichen aber am wenigsten, und auch die jetzt beliebten direkten Abgaben lasten im Verhältnisse weniger auf dem Reichen und Reichsten, als auf dem Wohlhabenden, am meisten aber auf dem Gewerbestande.

Die Wahrheit dieser Behauptung wird sich sofort ergeben, wenn wir die bisher befolgte Art und Weise der Erhebung der Staatsabgaben bei uns vom gewerblichen Standpunkte aus näher betrachten.

Die indirekten Steuern zerfallen in zwei Hauptabtheilungen.

Es sind entweder Eingangszölle von ausländischen Waaren, oder Abgaben, welche auf inländische Konsumtibilien bezahlt werden müssen.

Die Eingangszölle beschweren den Gewerbs- und Arbeiterstand auf zweierlei Art: theils durch die Höhe der Zollsätze, theils durch deren Erhebung nach dem Gewichte.

Beinahe alle hauptsächlichsten vom Auslande eingeführten Konsumtionsgegenstände, sind mit einem gegen 50 bis 100% und darüber ansteigenden Einfuhrzoll belegt.

Kaffee ist jetzt für den Arbeiter- und Gewerbestand ein unentbehrliches Nahrungsmittel und ist mit einem über 50% betragenden Zoll belastet;

Zucker ist gleichfalls für ihn nicht viel weniger entbehrlich und hat einen Zollsatz von ca. 100%, welcher zugleich als Schutz Zoll dient, der dem Arbeiter und dem gesammten Publikum ein schlechteres, gehaltloseres Surrogat an der Stelle des ächten, süßen, tropischen Naturproduktes fast ausschließlich zuführt, theils nur einer Hand voll Runkelrübenzuckerfabrikanten einen ungeheuern Gewinn und ca. 4 □ Meilen Land eine höhere Grundrente zu verschaffen, theils um nach der Löhntheorie, welche in der Selbsterzeugung aller eigenen Bedürfnisse das Heil der Welt erblickt, ein Produkt aus der Reihe der Einfuhrartikel auszustreichen.

Auch Heringe, Reis und andere Artikel, die Gewürze und Südsrüchte werden größtentheils vom Arbeiter- und Gewerbestande konsumirt, so daß der auf diese Artikel gelegte hohe und sehr hohe Zoll zum größten Theil von demselben gezahlt wird.

Auch vertheuern die hohen Einfuhrzölle auf Vieh, Fleisch, Butter, Käse u. künstlich die Preise der nothdürftigsten Lebensmittel.

Tragen sonach der Arbeiter- und Gewerbestand durch die auf seine Consumption gelegten hohen Einfuhrzölle eine unverhältnißmäßig große Summe zur Staatslast bei, so wird dieselbe noch vergrößert durch die Modalität der Erhebung nach dem Gewicht.

Die feine Qualität, welche die Reichen verbrauchen, haben oft einen 25, 50% und darüber höheren Werth gegen die geringere Qualität, welche von den übrigen Staatsangehörigen verbraucht wird. Am meisten aber stellt sich diese Benachtheilung bei ausländischen Fabrikanten, aus Baumwolle, Wolle, Seide und gemischten Zeugen heraus, bei welchen der Zollobtrag, trotz seiner Höhe in Rücksicht der theuern und sehr hoch im Preise stehenden Consumtionsgegenstände dem Reichen im Verhältnisse des Werthes beinahe verschwin-

det, während derselbe bei geringern Waaren, deren Einfuhr unter den hohen Zöllen sonst möglich ist, seine Last fühlen läßt.

Ebenso ist ferner der Arbeiter- und Gewerbestand mit den indirecten Abgaben auf inländische Consumtibilien, als z. B. auf Fleisch u. s. w. hart beschwert, während Wildpret, Geflügel, Fische frei sind, muß das Nahrungsmittel des Arbeiter- und Gewerbestandes, das Rind- und Schweinefleisch eine ziemlich bedeutende Abgabe bezahlen.

Das Salz, das Bier, der Branntwein stehen hauptsächlich, als Consumtionsgegenstände der ersten 4 Classen, namentlich des Arbeiter- und Gewerbestandes mit oben an. Der Reiche braucht wenig oder keinen Branntwein und die darauf gelegte sehr hohe Steuer wird mehr von denen im Staate getragen, welche wenig, oder nicht viel besitzen, und welche ihn wegen ihrer Arbeit nicht süglich entbehren oder durch andere Getränke ersetzen können.

Hat man durch diese hohe, so ungleich treffende Steuer etwa Produktion und Consumption beschränken wollen, um Humanitätszwecke zu erreichen? Der Wille hat sich also bisweilen ausgesprochen, allein der Erfolg und die Erreichung dieses angeblichen Zweckes kann nirgends nachgewiesen werden.

Durch die Modalität der Erhebung dieser, einen ungeheuern Betrag abwerfenden Steuer hat man aber nur ein Monopol zur ausschließlichen Erzeugung dieses großen Artikels des inländischen Marktes für die großen Rittergüter und Domänen daraus geschaffen, den kleinen und kleinern Grundbesitz und deren bedürftigeren Inhaber aber von der Produktion desselben ausgeschlossen.

Auch jetzt hat man trotz der immer größern Ueberzeugung von der im Prinzip ganz ungerechten nur den ärmern Theil des Volkes treffenden Steuer, doch wieder eine Erhöhung derselben vorzuschlagen beliebt.

Auch die bisher vom Postwesen, von den Flußzöllen, den verschiedenen Stempelabgaben auf den Rechtsbedarf, auf Kalender, Spielkarten, Wechsel und Obligationen davon erzielten hohen Einnahmen treffen hauptsächlich den Arbeiter und Gewerbetreibenden.

Allein nicht nur die indirecten Abgaben, sondern auch die direkten lasten am meisten auf den Ebengeannten.

Vergleichen wir das Verhältniß der direkten Steuern eines Arbeiters, welcher sein kärgliches Auskommen hat, eines Gewerbetreibenden, dessen Geschäft im Schwunge geht, eines Gewerbetreibenden, welcher neben seinem Geschäft ein kleines Kapital besitzt, mit den direkten Abgaben eines großen Kapitalisten, eines großen Fabrikbesizers, eines großen Rittergutsbesizers, so werden wir wieder zum Nachtheile der Kleinen und Vortheil der Großen keine gerechte Proporzion in der Höhe der Beiträge finden.

Die jetzt verursachte Einkommensteuer giebt wiederum den eklatantesten Beweis, wie wenig der große Besitz, das große Einkommen von den Regierungen beigezogen wird, um die Staatslasten verhältnißmäßig zu tragen. Der Handwerker giebt gegen den Fabrikanten, der kleine Kaufmann gegen den Großen, der

kleine Kapitalist gegen den Reichen und Reichsten, der Schullehrer gegen den Rittergutsbesizer wieder viel zu viel.

Der größte Theil der Last fällt demgemäß auf den Mittelstand, und ein gleiches Loos trifft den Arbeiter- und Gewerbestand bei den kommunlichen Lasten für Verwaltungs- und Armenwesen.

Faßt man dieses Alles zusammen, so stellt sich eine ungeheure Ueberlastung für Beide heraus.

Die Entstehung dieser Ueberlastung des Mittelstandes, des Arbeiter- und Gewerbestandes, hat aber unbedingt in der bisherigen Zusammensetzung der gesetzgebenden Körper ihren Grund.

Die Gesetzgebung war nämlich bisher ausschließlich in den Händen des Besitz- und Beamtenstandes, den Reichen und Reichsten im Lande und so ist es nicht zufällig, sondern folgerecht gekommen, einmal daß man weniger sparen, und ein andermal, daß man diejenigen Modalitäten der Abgabenerhebung begünstigen zu müssen glaubte, welche eben die Abgaben meist auf den erwähnten Mittelstand werfen und auch den dürftigen Armen und Almosenempfänger zur Mitleidenheit ziehen.

Es liegt daher eine der Hauptursachen der jetzigen ungleichen Vertheilung der Staatsabgaben und der daraus hervorgehenden fortschreitenden Verarmung eines großen Theils der, wenige Einnahme habenden, Staatsangehörigen in dem Mangel eines volksthümlichen, gesetzgebenden Körpers und eines dem Volkswohle und Willen angepaßten, den letzterem erst erschaffenden Wahlgesetzes.

Nur wenn dieses ins Leben getreten sein wird, dürfen wir erwarten, daß eine wohlfeile Staatswirthschaft eingeführt wird, daß die Abgaben vereinfacht und auf solche Weise nach dem reinen Einkommen gerecht vertheilt werden, daß auch die Reichen die Nothwendigkeit der Sparsamkeit im Staatshaushalte fühlen. Welchen Einfluß aber eine solche Erzeugung dieses Gefühls und dessen Lebensfortdauer im Kreise der Reichen auf die Sparsamkeit beim Staatshaushalte hervorbringt, zeigt ein Beispiel in England. Dort hat man erst neuerlich sich genöthigt gesehen, „weil das System der indirecten Abgaben erschöpft war,“ eine Einkommensteuer einzuführen. Als es sich in jüngster Zeit nun darum handelte, wegen einen neuen Ausfall in der Staatseinnahme diese Einkommensteuer von 3 auf 5 % zu erhöhen, so erklärte sich das aus den Reichen und Reichsten des Landes zusammengesetzte Parlament dagegen und die Folge davon war, daß man Ersparnisse in der Ausgabe von ca. 700,000 Pfund Sterling ermöglichte.

Durch eine gerechte Vertheilung werden die Staatsabgaben weniger drückend und für keinen Theil mehr unerträglich. Es werden ferner nach Einführung der Besteuerung vom reinen Ertrage aller übrigen Abgaben: die Zölle u. (soweit es sich dem Auslande gegenüber thun läßt); die inländischen Konsumtionsabgaben, die Grund- und Gewerbesteuern; die Abgaben vom Verkehr: Salz- und Stempelsteuern, sammt der mit Erhebung dieser Abgaben verbundenen Belästigung, Kontrolle und Zeitaufwand für den Geber, es werden endlich alle übrigen Abgaben, wie sie sonst heißen mögen,

aufhören und dann werden Ackerbau und Gewerbe, Handel, Weinbau und Bierbrauerei, sowie jede durch das bisherige ungleiche Abgabensystem gestörte oder beschränkte Thätigkeit frei werden, und zu der Höhe der Entwicklung gelangen, der sie ihrer Natur nach fähig sind.

Mit Einführung einer wohlfeilen Staatswirthschaft und einer gerechten Vertheilung der Staatsabgaben aber wird auch für uns die Konkurrenz sowohl auf dem inländischen Markte als auch auf dem Weltmarkte ermöglicht, die dadurch eintretende Verwerthung unserer Produkte wird Arbeit durch unsere Theilnahme am Welthandel im Verhältniß unserer Produktionskraft wird volle Arbeit für uns eintreten lassen und somit der Staatszweck im Innern und nach Außen erreicht werden.

Durchdrungen von der Ueberzeugung der Existenz einer unabwiesbaren Nothwendigkeit, eine wohlfeilere Staatswirthschaft zu schaffen und eine gerechtere Vertheilung der Staatsabgaben in Deutschland herzustellen, erlaubt sich der unterzeichnete aus 713 deutschen Männern bestehende Volksverein allhier, an die deutsche konstituierende National-Versammlung in Frankfurt am Main das Gesuch zu stellen:

auf eine wohlfeile Staatswirthschaft und eine gerechte Vertheilung der Staatsabgaben in unserem Deutschland möglichst hinzuwirken, sowie den oben-
ausgesprochenen Ansichten irgendwie Berücksichtigung zu schenken.

Plauen, im Königl. Sächsischen Voigtlande, den 26. Septbr. 1848.

Im Auftrage des hiesigen Volksvereines,
der Ausschuß desselben.

H a u f n e r,
I. Obmann.

Adorf den 8. Oktober. Gestern Abend bildete sich aus der bisher bestandenen farblosen Bürgerversammlung ein deutscher Vaterlandsverein, der sich wie die übrigen im Voigtlande dem Fäkelchen in Leipzig angeschlossen hat. Der designirte Bürgermeister Schmidt versuchte zwar, dieselbe zu hintertreiben; allein weder der erste Grund seiner schriftlich abgegebenen Erklärung, daß er nicht mit in den Vaterlandsverein übergehen würde, noch der fernere, daß dadurch Zwist und Uneinigkeit in die Bürgerschaft käme, vermochte ihm mehr als drei Anhänger zuzuführen. Man fand diese Gründe zu „komisch,“ als daß man sie einer speziellen Widerlegung gewürdigt hätte. Zum Obmann ward Karl Blaudmeister, zu dessen Stellvertreter Rathmann Geipel und zum Schriftführer Rathmann Heckel erwählt. Unter den Sprechern zeichneten sich Fritz Ködiger, der gerade von Schönberg hier anwesend war, der designirte Pfarrer von Bergen bei Plauen, Köller, bis jetzt Lehrer zu Siebenbrunn und Blaudmeister aus. Möchte doch recht bald der Volksverein zu Plauen dem Adorfer Beispiele nachfolgen und sich den Vaterlandsvereinen anschließen. In jetziger Zeit ist es Sünde, nicht Partei zu ergreifen!

Voigtsberg den 7. Oktober. Militär! Militär! Endlich ist das Gerücht Wahrheit geworden: wir haben Soldaten; rings um Delsnitz stehen 500 Mann Infanterie und eine Schwadron Reiter. Die Leute beschauen neugierig diese Krieger und fragen sich, was die Männer mit den Flinten, Bajonetten und Säbeln wohl thun sollen. Kein Mensch weiß es. Wir leben hier im tiefsten Frieden, keine Ungesetzlichkeit ist vorgekommen, kein Erzeß verübt, die Republik nicht ausgerufen, noch versucht worden, sie einzuführen. Jedermann geht seinem Geschäfte nach, und in den Musestunden belehrt man sich entweder über die Interessen der Gegenwart oder man schimpft und heult über die neue Zeit, wie überall. Und deshalb Militär?! und gerade jetzt, wo sich unsere Proletarier freuen, daß die Kartoffelernte so gut ausgefallen und die Messe für sie sich günstig gestaltet hat? Mit ängstlicher Besorgniß blicken sie auf den ihnen eingelegten Soldaten und dieser wieder auf sie. Ob er wohl großen Appetit hat? wer vermöchte diese Frage nicht von ihren Blicken zu lesen und auf der andern Seite den Zweifel nicht zu errathen: ob sie dir wohl einen alten Sack mit Moos gefüllt zum Nachtlager geben können? Doch man hat nun einmal einander und tröstet sich mit der Hoffnung, daß dies gezwungene Beieinandersein nicht lange dauern wird.

Voigtsberg den 11. Oktober. Endlich liegt der Grund der Truppenherbeiziehung klar vor uns: es ist die Furcht vor einem Aufstande. Hören Sie. Bereits eine frühere Nummer Ihrer Blätter brachte die Nachricht, daß Jul. Schanz aus Delsnitz von dem dasigen Stadtgerichte auf Anordnung des Appellationsgerichts zu Zwickau wegen Herausgabe eines „republikanischen Flugblatts“ in Untersuchung genommen und nur deshalb auf Handgelöbniß entlassen worden sei, weil „die Frohnfeste ganz bestimmt dem Boden gleich gemacht würde, wenn man ihn festnähme.“ Davon benachrichtigt mag nun das Appellationsgericht dem hiesigen Justizamte, welches festere Verwahrung hat, die Fortstellung dieser Untersuchung aufgetragen haben. Schanz ward auch gestern vor dasselbe gefordert und nach seiner Vernehmung, wenn auch nicht in ein gewöhnliches Gefängniß (er sitzt in der Wächterstube, die allerdings auch verschlossen ist) gebracht, doch seiner Freiheit beraubt. Er hat sofort bei dem Justizministerium auf Entlassung aus seinem Arreste angetragen. Die Vergehen, deren er beschuldigt wird, sind: Verbreitung aufreizender Schriften (republikan. Flugblatt und die von ihm mit Thieme und Nische herausgegebenen fliegenden Blätter aus dem Voigtlande), Veröffentlichung des republ. Flugblatts nach eingeleiteter Untersuchung in den Voigtl. Blättern, Handgelöbnißbruch. Mit dem letztern hat es nämlich folgende Bewandniß. Schanz war nämlich nach dem ersten Verhöre auf die Volksversammlung nach Hof gegangen in der Meinung, das Stadtgericht zu Delsnitz werde darin keinen Bruch seines Handgelöbnißes, daß er das Weichbild der Stadt nicht verlassen wolle, erblicken, da er ja demselben nicht zu entfliehen gedenke und wiederkommen werde. Allein

dasselbe war anderer Ansicht und so ist Schanz auch dieses Vergehens angeklagt! Zu diesen drei bringt nun das Gerücht noch eines, von dem man aber noch nicht weiß, unter welchen Artikel der drei ersten Kapitel des zweiten Theils in unserm Kriminalgesetzbuche es gestellt wird. Doch soll ihm eine Rede auf der Delsnitzer Volksversammlung zum Grunde liegen. Nach ihm wurden heute seine Kolportöre, Paz aus Voigtsberg und Lorenz aus Delsnitz, ebenfalls der Verbreitung aufreizender Schriften angeklagt, verhört, jedoch der Haft gegen Handgelöbniß wieder entlassen. Auch Nizsche ist heute, derselben staatsverrätherischen und gefährlichen Handlungen und Aeußerungen angeklagt, hierher und in Verwahr gebracht, wegen Kränklichkeit aber ihm vom Beamten ein hübsches Zimmer eingeräumt worden. Dazu kommt noch, daß der Kaufmann Moritz Schanz in Treuen, der Bruder des Julius, heute ebenfalls wegen Vorlesens einer Adresse aus St. Louis an die Deutschen auf der Schönecker Volksversammlung hier in Untersuchung genommen, natürlich aller wieder freigelassen worden ist - und daß dem Vernehmen nach gegen mehre Andere noch aus den bewußten drei Kapiteln verfahren werden soll und wir haben hier förmlich eine „schwarze Kommission“ für das ganze Voigtland, wenn man dabei auch nicht an eine Mainzer zu denken hat.

Delsnitz den 11. Oktober. Unsere Stadt bietet seit gestern einen eigenthümlichen Anblick. Julius Schanz, mehrer Preßvergehen u. angeklagt, ward gestern von dem Justizamte Voigtsberg nach seiner Vernehmung in Haft gebracht. Sofort bildeten sich Gruppen auf den Straßen, die von Minute zu Minute sich verstärkten. „Man schafft ihn fort! man will unsern Schanz auf den Königstein bringen, wo es ihm auch ergehen wird, wie jenen Männern im Jahre 1831! Wir müssen ihn befreien, wir müssen ihn aus dem Gefängnisse holen! Er hat für uns gesprochen, er soll nicht für uns leiden!“ So eiferte man überall und es hätte durchaus nur eines entschiedenen Aufforderns bedurft, um die Massen gegen Voigtsberg und die Soldaten, von denen man zum größten Theile sicher

war, daß sie nicht gegen das Volk sich gebrauchen lassen würden, zu führen. Von allen Dörfern in der Umgegend waren Deputazionen erschienen, welche Verhaltensregeln sich ausboten, und in größter Schnelle ihren Zuzug zu liefern versprachen. Doch gelang es unserm Vaterlandsvereine, die Ueberzeugung von dem Unsinnigen eines derartigen Putsches, welchen die Reaktion nur zu gern gesehen hätte, wie sie es auch an vielen Aufbegehren nicht fehlen ließ, zu verbreiten und die Ausführung der gewaltsamen Befreiung zu verhindern. Zur Beruhigung ward hierauf noch Abends eine Deputazion nach Voigtsberg geschickt, um wegen der gesürchteten nächtlichen Fortbringung ins Klare zu kommen; sie erhielt aber vom Justizamtmann Hantusch die bestimmte Erklärung, daß er bei seiner Ehre und seinem Leben Jul. Schanz nicht fortbringen lassen werde. Anfangs wollte man zwar nicht recht trauen, doch beruhigte man sich später und die Nacht verfloß ohne Störung. Der Vaterlandsverein erklärte seine Sitzung für permanent und seinen Bemühungen ist es allein zuzuschreiben, daß gestern wie heute kein Exzeß vorgekommen ist. Er ließ durch Plakate von diesem abmahnen und vor der Reaktion warnen, die sehr gern einen Putsch gewünscht hätte, um die wenigen Errungenschaften noch mehr zu beschneiden. Auch heute kamen Leute von den entferntesten Orten in die Sitzungen des Vereines, um Hilfe zuzusagen oder sich Verhaltensbefehle auszubitten; doch überall hin wirkte der Verein beruhigend. Man sieht aber, das Volk ist erwacht und wird sich nie wieder in die alte Knechtschaft bringen lassen. Darum lebe das Volk, lebe die Freiheit, lebe unser Schanz, der nach Kräften dem Volke die Freiheit zu verschaffen bestrebt ist.

Zaulsdorf den 8. Oktober. Heute ward hier ein deutscher Vaterlandsverein für Zaulsdorf und Umgegend begründet. Der Obmann ist unser von der Delsnitzer Reaktion vertriebene Lehrer Schilbach. Folgt unserm und dem Beispiele von Rosenthal nach, ihr Dörfer, gründet Vaterlandsvereine! Dies ist eine Nothwendigkeit für Euch.

Folgende zum Nachlasse weil. Herrn Kaufmann Ernst Karl Heinrich Löberings alhier gehörige, bei der Lutherischen Fabrik gelegene Grundstücke, nämlich:

1. das Feld Nr. 1330 des Flurbuchs B. zu 2 Acker 233 □ Ruthen,
2. die Wiese Nr. 1331 des Flurbuchs B. zu 1 Acker 120 □ Ruthen, und
3. das Feld Nr. 1332 des Flurbuchs B. zu 5 Acker 206 □ Ruthen,

sollen auf Antrag der Erben auf Sechs nach einander folgende Jahre, und zwar auf 3 Jahre gewiß und auf 3 Jahre ungewiß, unter den im Termine noch bekannt zu machenden Bedingungen an den Meistbietenden verpachtet werden. Es wird hierzu

der 20. Oktober 1848

Vormittags 11 Uhr

als Licitationstermin anberaumt und werden Pachtliebhaber

zum Erscheinen an diesem Tage an Stadtgerichtsstelle hiermit öffentlich eingeladen.

Stadtgericht Plauen, den 12. Oktbr. 1848.

Haußner.

Bewandten Umständen wegen, ist Unterzeichneter geneigt, seinen in Zollgrün bei Schleiz befindlichen halben Hof nebst Inventarium sofort zu verkaufen. Derselbe ist zweistöckig und gut gebaut, hat 40 Schfl. Feld, in zwei Hofgelängen, baut 18—20 Fuder Heu, die Hälfte Grummt, 8—10 Schfl. Holz, $\frac{1}{2}$ schlagbar, 3 Teiche, ein Röhrwasser nebst Fischbehälter, hat Brau- und Schenkergerechtigkeit, hohe und niedere Jagd auf ewig, kann auch 1000 fl darauf stehen bleiben bei J. G. Schmutzler.

Künftigen 21. Oktbr. sollen im Kaufmann Paul'schen Hause eine Treppe hoch, alle Sorten neue lackirte Meubels von früh 9—12 Uhr und Nachmittags von 2—6 Uhr gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

Druck und Verlag von Aug. Wieprecht in Plauen.